

**30
77****Union in
Deutschland**

Bonn, den 25. August 1977

Das Programm für die politische Offensive

Die Hoffnungen der Bundesregierung und der SPD und der FDP, die Sommerpause werde zu einer Stabilisierung ihrer Politik und der Verfassung ihrer Parteien beitragen, haben sich nicht erfüllt. Weder kurzfristig einberufene Krisensitzungen des Bundeskanzlers noch Beschwörungen über die Funktionsfähigkeit von Regierung und Koalition können über die Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung, über die Handlungsunfähigkeit des Bundeskanzlers und über die innere Zerrissenheit von SPD und FDP hinwegtäuschen. Dies stellte Helmut Kohl vor der Presse in Bonn fest; er legte zugleich das Programm der Union für die nächsten Monate vor.

Die Lage am Ende der Sommerpause ist bedrückend:

- ① Die Terrorszene hat zugenommen.
- ② Offenbarungseid der Bundesregierung in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik gegenüber ihren eigenen Versprechungen im Jahreswirtschaftsbericht zu Beginn des Jahres:
 - statt 850 000 Arbeitslosen erneut über 1 Million im Jahresdurchschnitt; und das im 3. Jahr.
 - statt 5 % Wachstum voraussichtlich nur 3,5 %.

Die Folgen liegen auf der Hand:

- Ein reales Sozialproduktwachstum von 3,5 % bringt einen Ausfall an Volkseinkommen von rd. 13,5 Mrd. DM;
- das Gleichgewicht im System der sozialen Sicherheit ist gefährdet.
- Minister Matthöfer hat die Handlungsfähigkeit der Regierung in der Energiepolitik offengelegt.
- Rat- und Hilflosigkeit kennzeichnet die öffentliche Diskussion der Steuerpolitik seitens der Bundesregierung.

Weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

⑤ Es ist heute schon erkennbar, daß angesichts der angespannten Sozialfinanzen die novellierten Sozialgesetze bereits in Kürze überholt sein werden.

⑥ Das offensichtliche Mißtrauen der Bundesregierung und SPD gegenüber der Politik der Menschenrechte des amerikanischen Präsidenten und die pseudo-moralische Kampagne Bahrs gegen die Neutronenbombe sind geeignet, die politisch-strategische Übereinstimmung zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik zu Lasten der Bundesrepublik zu gefährden.

⑦ Die politische Zerrissenheit der SPD und die gegenseitigen Anfeindungen sozialdemokratischer Politiker haben ein Ausmaß erreicht, das klarer politischer Entscheidungen über den künftigen Weg der SPD bedarf. Willy Brandt redet über diese Entscheidungen, will sie aber nicht, Helmut Schmidt kann sie nicht herbeiführen.

Verharmlosung und wenige Kraftakte ersetzen das Handeln. Mit Recht hat der Münchner Oberbürgermeister Kronawitter darauf hingewiesen, das Problem der SPD sei aber nicht ein Benne-ter, sondern die Stamokap-Theorie, die in der SPD im Vordringen sei und ihre Anhänger bereits im Parteivorstand selbst finde.

Wenn Brandt und Steffen eine Spaltung der SPD grundsätzlich nicht mehr ausschließen wollen, vernebeln sie nur die wirkliche Lage in der SPD. Der marxistische Flügel in der SPD will keine Spaltung, weil er bereits wichtige Positionen in der SPD und Fraktion besetzt hat und seine Basis ständig erweitert. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, Helmut Schmidt, schweigt dazu. Nur ab und zu läßt er nach außen dringen, daß er mit den Linken in seiner

Partei anders als der Vorsitzende Brandt verfahren würde. Nur Wollen und Können sind zweierlei Dinge.

⑧ Die FDP ist voll in den Sog der ideologischen Zerrissenheit der SPD geraten.

Wir, die CDU/CSU, verfolgen diese Entwicklung mit großer Besorgnis. Die ideologischen Richtungskämpfe innerhalb von SPD und FDP führen immer offensichtlicher zu einer Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung und des Bundeskanzlers in nahezu allen Bereichen der Politik und werden auf diese Weise auf dem Rücken unserer Bürger ausgetragen.

Die Bundesregierung ist unfähig, die drängenden Probleme wie Ankurbelung der Wirtschaft, steigende Arbeitslosigkeit, Energieversorgung, Zukunftschancen der jungen Bürger anzupacken und zu lösen.

Dieser Zustand muß im Interesse unserer Bürger ein rasches Ende finden. Wir, CDU/CSU, werden deshalb mit aller Entschlossenheit und in einer großangelegten Offensive auf der Ebene von Fraktion und Partei darauf dringen, daß so schnell wie möglich die notwendigen Sachentscheidungen getroffen werden.

Schwerpunkte unserer Arbeit werden sein:

1. Die Bekämpfung des Terrorismus

Bei der Bekämpfung des Terrorismus haben Bundesregierung und Koalitionsparteien ein Konzept und vorausschauende Politik vermissen lassen.

Seit Jahren wiesen CDU/CSU auf Gefahren des Terrorismus hin. Unsere Warnungen stützen sich auf die Erkenntnisse der Bundesanwaltschaft, des Bundeskriminalamtes und der Verfassungsschutzämter.

Führende Mitglieder der Bundesregierung und der Koalitionsparteien haben es jedoch für richtig gehalten, unsere Warnungen als „Panikmache“ und „Geschäft mit der Angst“ zu diffamieren.

Anstatt den Anfängen zu wehren, ist bei der Bekämpfung des Terrorismus wertvolle Zeit vergeudet worden.

Die CDU/CSU hat schon im Sommer 1975 ein „Offensivkonzept zur Bekämpfung des anarchistischen Terrorismus und seiner Grundlagen“ vorgelegt. Nach diesem Konzept ist der Terrorismus dort zu bekämpfen, — wo er entsteht und begünstigt wird, — wo er sich in Gewaltaktionen entläßt und immer wieder von neuem in Aktion zu treten droht und — bei der Bestrafung der Täter.

Dieses Offensivkonzept widerlegt die Propaganda, die uns immer wieder vorwirft, die einzige Antwort der Opposition auf die Gewalttaten des Terrorismus sei der Ruf nach schärferen Gesetzen.

Unser Konzept war und ist bestimmt von „sowohl... als auch“. Schärfere Gesetze allein führen nicht zur Ausrottung des Terrorismus. Aber Fahndungserfolge allein auch nicht.

Ich bin mir bewußt, daß die geistig-politische Bekämpfung des Terrorismus Mut erfordert, weil derjenige, der sie aufnimmt, mit den größten Anfeindungen zu rechnen hat. Die pseudo-wissenschaftliche Verbrämung anarchistischer Kampfpapieren und ihre verhängnisvolle Förderung durch einzelne Repräsentanten des kulturellen, kirchlichen und politischen Lebens haben in der Bundesrepublik Deutschland ein Klima entstehen lassen, in dem anarchistische Terroristen zunächst interessante Toleranz und später auch aktive Unterstützung

durch zahlreiche Sympathisanten fanden. Ich brauche nur an den skandalösen Vorgang aus der jüngsten Zeit erinnern, als Göttinger Studenten in einem widerwärtigen Nachruf ihrer „klammheimlichen Freunde“ über die Ermordung von Generalbundesanwalt Buback Ausdruck gaben.

Dieser Nachruf wurde

— von Berliner und Bremer Professoren nachgedruckt und

— er wurde nachgedruckt in der Zeitschrift „das da“, herausgegeben von dem SPD-Parteivorstandsmitglied Steffen.

Auch die Berliner Jungdemokraten hatten den Abdruck dieses Nachrufes vor. Erst durch eine Notbremsung von Vizekanzler Genscher wurde dieses Vorhaben gestoppt.

Der Terrorismus findet in unserer staatlichen Wirklichkeit keine Rechtfertigung. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es ein Höchstmaß an politischer Freiheit und sozialer Sicherheit.

Wir fordern daher von SPD und FDP, in den Ländern, in denen sie die Regierungsverantwortung haben,

- die Schulpolitik,
- die Hochschulpolitik und die
- Medienpolitik

auf unsere staatliche Wirklichkeit auszurichten. Es muß endlich Schluß gemacht werden mit Rahmenrichtlinien für den Schulunterricht, die in geradezu grotesker Weise an unserer Wirklichkeit vorbeigehen.

Das Recht muß auch an den Hochschulen durchgesetzt werden. Bei Verstößen sind die dienst- und ordnungsrechtlichen Befugnisse voll auszuschöpfen.

Aus der Presse- und Rundfunkfreiheit folgt die besondere Verpflichtung der Massenmedien für den Rechtsstaat ein-

zutreten und Angriffe auf den Rechtsstaat nicht zu verharmlosen.

Einen wesentlichen Teil der Terrorismusbekämpfung nimmt die Verhütung von Gewaltakten und die Ergreifung der Täter nach Gewaltakten ein. Die sog. operative Bekämpfung des Terrorismus muß im wesentlichen drei Punkte umfassen:

- verbesserte Fahndungsmöglichkeiten,
- Zerstörung der Logistik der Terroristen und
- intensivere internationale Zusammenarbeit.

In einheitlichen Polizeigesetzen für Bund und Länder sind Rechtsgrundlagen für Identitätskontrollen, Durchsuchung von Personen und Kraftfahrzeugen zu schaffen. Wie wir schon seit Jahren gefordert haben, müssen Ausweispapiere und Kraftfahrzeugkennzeichen fälschungssicher gemacht werden.

Da die Terroristen sich Geldmittel durch Banküberfälle zu verschaffen pflegen, sind die Sicherheitsmaßnahmen für Geldinstitute zu verbessern. Kriminal- und Verfassungsschutzämter müssen personell weiter ausgebaut werden.

Die internationale Verflechtung des Terrorismus und die Unterstützung, die deutsche Terroristen im Ausland finden, erfordern dringend eine verstärkte internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus. Hier fehlt es z. B. an der Internationalisierung der sog. verdeckten Fahndung. Dadurch wird den Terroristen das Untertauchen im Ausland zu leicht gemacht.

Die verbesserten Fahndungsmöglichkeiten sind durch wirksame Straf- und Strafverfolgungsmaßnahmen zu ergänzen. Ich sage bewußt „ergänzen“, da

wir ebenso gut wie andere wissen, daß Strafmaßnahmen allein nicht genügen, um dem Terrorismus ein Ende zu bereiten. Aber wir unterliegen auch nicht dem Trugschluß der Koalition, daß dies allein mit Fahndungs- und Schutzmaßnahmen zu erreichen sei. Die CDU/CSU-Fraktion hat bereits im April dieses Jahres zwei entsprechende Gesetzesentwürfe eingebracht.

Unsere Vorschläge sind

- ein verschärftes Demonstrationsstrafrecht,
- Heraufsetzung der Mindeststrafen und der Höchststrafen bei Delikten der Gewaltkriminalität.
- Abänderung der Bestimmungen, die dazu geführt haben, daß Straftäter nahezu automatisch einen Rest ihrer Strafe zur Bewährung ausgesetzt erhielten,
- erleichterte Voraussetzungen für die Anordnung der Sicherungsverwahrung für Terroristen,
- Möglichkeiten der Überwachung von Gesprächen zwischen dem Verteidiger und inhaftiertem Beschuldigten bei Verdacht neuer strafbarer Handlungen.

Einer der Gesetzesentwürfe dient der Beschleunigung von Strafverfahren.

Wir haben eine Sondersitzung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages noch in der Sommerpause verlangt, damit diese Gesetzesentwürfe so schnell wie möglich beraten und verabschiedet werden können.

2. Energieversorgung

Bürger, Parlamente, Energieversorgungsträger erwarten von der Bundesregierung verlässliche Orientierungsdaten, wie die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland gesichert werden kann. Eine Fortschreibung des

Energieprogramms der Bundesregierung ist notwendig. Die Annahmen des Beschlusses vom 23. März 1977 „Grundlinien und Eckwerte für die Fortschreibung des Energieprogramms“ sind sehr optimistisch. Die Gültigkeit bzw. die Absicht der Bundesregierung, die genannten Ziele zu verwirklichen, muß bezweifelt werden.

Die Energiedebatte des Deutschen Bundestages am 15. Juni 1977 hat keine weitere Klarheit gebracht.

Die Matthöfer-Erklärung, die Bundesregierung werde die Forderung der Parteitage von SPD und FDP nach einem Moratorium akzeptieren, schafft völlig neue Tatbestände.

Der Termin für die Fortschreibung des Energieprogramms ist auf Ende des Jahres verschoben. Folgen eines Moratoriums

- Energielücke von mindestens 10 000 MW, wahrscheinlich von über 15 000 MW;
- Verschärfung der Wachstumsproblematik;
- Verstärkung der Arbeitslosigkeit;
- Verstärkung der Abhängigkeit bei der Energieversorgung.

Kritik an der Bundesregierung

■ Die Widersprüche in der Koalition sind offensichtlich: (Friderichs: 30 000 MW notwendig, Matthöfer: 15 000 bis 20 000 MW möglich, Riemer: Ablösung der Kernenergie durch Kohle, FDP-Bundesausschuß und die SPD-Gremien fordern faktisches Moratorium).

■ Die deutsche Energiepolitik ist in den Datenkranz der Weltenergiepolitik nur mangelhaft eingeordnet.

■ Die deutsche Energiepolitik ist mit den Erfordernissen der Wirtschaftspolitik nur unzureichend abgestimmt.

■ Bundesregierung und Bundeskanzler sind unfähig, ihre energiepolitischen

Absichten in konkrete Handlungen umzusetzen und in ihren eigenen Parteien durchzusetzen.

Position der Union

① Entschließungsantrag der Fraktion: (15. Juni 1977)

— Sparsame und rationelle Energieverwendung.

— Stein- und Braunkohle müssen wesentlichen Beitrag zur Energiedeckung leisten.

— Verstärkte Forschung zur Nutzung regenerativer Energiequellen.

— Reduzierung des Verbrauchsanteils von Mineralöl und Erdgas.

— Friedliche Nutzung der Kernenergie.

② Forderungen:

— Rücktritt des Forschungsministers.

— Baldmöglichst Fortschreibung des Energieprogramms.

— Klärung der Position der Bundesregierung durch den Bundeskanzler.

— Rechtssicherheit in der Umweltschutzgesetzgebung.

③ Union wird weiterhin Energiediskussion offensiv führen. Offener Fachkongreß im Oktober. Große Anfrage zur Energieversorgung.

3. Ankurbelung der Wirtschaft und Abbau der Arbeitslosigkeit

Hektische Krisenkonferenzen, eine ins Kraut schießende und die Wirtschaftsentwicklung nicht gerade fördernde Diskussion über unklare Maßnahmen zur Konjunkturankurbelung offenbaren: Die SPD/FDP-Bundesregierung steht vor den Trümmern ihrer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

Was muß eigentlich noch alles geschehen, bis die Bundesregierung erkennt, daß sie dabei ist, den letzten Rest von Vertrauen bei Bürgern und Wirtschaft zu verspielen. Wenn keine

**Vertrauenswende eingeleitet wird,
müssen auch die besten Konjunktur-
maßnahmen verpuffen:**

Wer wird sich aufgrund von Versprechungen der Bundesregierung zu neuen Investitionen entschließen, wenn er gerade erleben mußte, daß die feierliche Aussage des Bundeskanzlers auf dem Londoner Gipfel vom Mai dieses Jahres, er werde für ein 5%iges Wachstum sorgen, in praxi keinen Pfifferling wert ist?

Wie soll denn noch jemand in seinem privaten und wirtschaftlichen Bereich planen, wenn die gerade „reformierten“ Steuern so schlecht reformiert wurden, daß das Steuersystem bereits nach ein paar Monaten wieder ins Gerede kommt?

Wie soll sozialer Friede gewährleistet werden, wenn jeder weiß, daß die gerade novellierten Sozialgesetze den angespannten Sozialfinanzen allenfalls auf ein paar Monate Luft geben? Allein 1977 fehlen der Sozialversicherung gegenüber den Wachstumszielen der Bundesregierung 2,5 Milliarden DM.

Wer wird denn noch ein Kraftwerk bauen wollen, wenn die Bundesregierung heute so tut, als ob es die „Eckwerte“ vom 23. März dieses Jahres nie gegeben hätte? Ein Auftragsvolumen von 10 Milliarden DM hängt in der Luft.

Zu einem Programm des neuen Vertrauens gehören realistische Ziele, ein abgestimmtes Programm und vor allem der Mut, es konsequent zu verwirklichen. Rezepte gibt es



SZ-Zeichnung: Pepsch Gottscheber

genug. Selbst die Schwerpunkte eines solchen Programms liegen ziemlich klar auf der Hand

① Natürlich ist es gut, durch steuerliche Regelungen z. B. degressive Abschreibung die privaten Investitionen zu fördern; denn es ist richtig, erst dann zu besteuern, wenn es wirklich etwas zu besteuern gibt.

② Es gibt keinen Zweifel, daß eine maßvolle Lohnpolitik nötig ist. Hier ist die Solidarität der Arbeitnehmer mit Arbeit mit denen ohne Arbeit herausgefordert.

③ Selbstverständlich kann dieser Prozeß durch rasche und nachhaltig wirksame Entlastungen im Einkommensteuerbereich sowie durch Maßnahmen zur Förderung der individuellen Vermögensbeteiligungen erleichtert werden.

④ Es ist richtig, die öffentlichen Investitionen zu erhöhen, zugleich muß aber im konsumtiven Staatsbereich weiter gespart werden.

⑤ Unsere Sorge gilt den Problemgruppen des Arbeitsmarktes, den älteren und längerfristig Arbeitslosen, den Jugendlichen, den Frauen. Es ist unbestritten notwendig, den Prozeß zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung sozial abzufedern.

All dies ist in der Sache gar nicht so strittig. Das eigentliche Problem ist, daß dem Bundeskanzler zur Durchsetzung eines sachorientierten Programms die Basis in den Parteien der Regierungskoalition fehlt. Zur Durchsetzung eines sachorientierten Programms ist nur die CDU/CSU in der Lage. Der heutige Bundeskanzler kann es offensichtlich nicht mehr wagen, ohne Abstimmung mit den linken Kräften in den Parteien der Regierungskoalition überhaupt ein Regierungsprogramm vorzulegen.

Selbst Kabinettsmitglieder wie Matthöfer und Apel verlassen heute ohne Abstimmung mit dem Bundeskanzler und ohne Konsequenzen den offiziellen Regierungskurs.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird im Zusammenhang mit dem Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung entsprechende Initiativen ergreifen.

4. Steuerpolitik

Zur Bewältigung unserer wirtschaftlichen Probleme mit dem Vorrang für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muß auch die Steuerpolitik ihren Beitrag leisten. Es muß dafür gesorgt werden, daß steuerliche Investitions- und Leistungshemmnisse beseitigt werden.

Die SPD/FDP-Koalition hat in den vergangenen Jahren die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft und damit die Investitionsbereitschaft beeinträchtigt, indem sie ihre steuerliche und parafiskalische Zusatzbelastungen auferlegt hat, statt vorausschauend frühzeitig — entsprechend unseren Forderungen — investitions- und innovationsfreundliche Bedingungen zu schaffen.

Andererseits muß die Leistungsbereitschaft des einzelnen erhalten und gefördert werden. Das setzt voraus, den „Marsch in den Lohnsteuerstaat“ zu stoppen. Der Durchschnittsverdienst je beschäftigten Arbeitnehmer hat sich seit 1969 ungefähr verdoppelt. Die Steuerbelastung jedoch gleichzeitig verdreifacht. In diesem Jahr steigt das Lohnsteueraufkommen mit rd. 15 v.H. doppelt so stark wie die Arbeitnehmerinnen kommen mit etwa 7 v.H.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich die Hilflosigkeit der Bundesregierung. Sie läßt den notwendigen Weitblick vermissen. So hat sie zuletzt gegen unseren wohlbegründeten und

sachlich fundierten Widerstand mit dem Steuerpaket die Mehrwertsteuererhöhung durchgedrückt und damit auf wirtschaftlich notwendige echte Steuersenkungen verzichtet.

Durch die Mehrwertsteuererhöhung haben SPD und FDP erst die Preis-Lohn-Spirale weitergedreht und damit immer mehr Arbeitnehmer in die Steuerprogression gezwungen. Unmittelbar nach Verabschiedung des Steuerpakets hat der Bundesfinanzminister unsere Argumentation für eine Lohnsteuersenkung übernommen und sich unsere Forderung nach Milderung des Lohnsteuerdrucks zu eigen gemacht. Darin ist kein Konzept erkennbar, sondern Ratlosigkeit, die durch Aktivismus überdeckt werden soll.

In der Steuerpolitik brauchen wir einen klaren Kurs, der einerseits die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Investitionstätigkeit der Wirtschaft auf längere Frist in einem vernünftigen Maß festlegt und andererseits den Bürgern aufzeigt, daß der Staat auf inflationsbedingte heimliche Steuererhöhungen verzichtet. Es muß Schluß damit sein, eine Steuerpolitik zu betreiben, die mit Korrekturen nur dazu dient, bestimmten Gruppen das Leben mit dem an die Grenzen der Belastbarkeit stoßenden Steuerrecht zu ermöglichen.

Die Union hält es für unverantwortlich, mit steuerlichen Erleichterungen zum Abbau der leistungsfeindlichen Überbesteuerung der Bürger bis 1980 zu warten, wie es der Bundesfinanzminister beabsichtigt. Eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer aufgrund des Stabilitätsgesetzes zur Nachfragebelebung kann eine neue Tarifgestaltung nicht ersetzen, allenfalls die Zeit bis zum Inkrafttreten

eines neuen Lohn- und Einkommensteuertarifs überbrücken.

Die Union hält Steuersenkungen, die geeignet sind, die Investitionen zu fördern und die Konjunktur zu beleben, schon 1978 für nötig. Sie schlägt als ersten Schritt die sofortige Anhebung des Weihnachtsfreibetrages für Arbeitnehmer vor. In weiteren Schritten ist vor allem eine Senkung des Lohn- und Einkommensteuertarifs vorzunehmen als Verzicht des Staates auf inflationsbedingte Mehreinnahmen. Die Wirtschaft ist von Zusatzbelastungen, die ihr in den letzten Jahren auferlegt wurden, zu befreien.

Dabei ist vor allem an Maßnahmen zu denken, die möglichst direkt auf die Investitionsentscheidungen Einfluß haben. Den Erfordernissen der kleinen und mittleren Betriebe ist gebührend Rechnung zu tragen. Ausmaß und zeitliche Abfolge der Steuersenkungen sind an den konjunkturpolitischen und haushaltsmäßigen Erfordernissen auszurichten. Investitions- und nachfragefördernde Maßnahmen dulden keinen Aufschub.

5. CDU/CSU werden im Herbst die von Bundesarbeitsminister Ehrenberg interpretierende Erklärung zum **Kostendämpfungsgesetz als Gesetzinitiative** einbringen, um ihre Verbindlichkeit sicherzustellen.

6. Wir werden ein **Programm zur Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation** vorlegen. Für den Herbst ist ein entsprechender Fachkongreß in Vorbereitung. Die Fraktion wird entsprechende Initiativen ergreifen.

Auf allen diesen Gebieten werden wir die Regierung stellen. Es ist an der Zeit, daß der Kanzler die überfälligen Entscheidungen trifft und endlich handelt.

■ KOALITION

Zitat zum Tage

„Die SPD muß vor allem dafür sorgen, daß die Öffentlichkeit die Arbeitslosigkeit ernster nimmt und den Bürokraten Feuer unter dem Hintern macht.“

Willy Brandt, SPD-Vorsitzender, im parteiamtlichen PPP am 9. August 1977.

So einfach ist es, die Arbeitslosigkeit, von der nahezu 1 000 000 Menschen in unserem Lande betroffen sind, zu beseitigen. Und das nach achtjähriger SPD/FDP-Regierungsverantwortung ...

Gemeinsam mit den Kommunisten

Gemeinsame Aktionen mit Kommunisten schließt der Vorsitzende des Bonner SPD-Unterbezirks, Rudolf Maerker, nicht aus. „Wenn wir gegen faschistische Regime demonstrieren und Kommunisten sich unseren Forderungen anschließen, werde ich nichts dagegen unternehmen“, erklärte er wörtlich. Maerker, der sich als „demokratischer Sozialist“ bezeichnet, will in Zukunft auch kommunistische Initiativen unterstützen, „sofern sie unseren Interessen entsprechen“.

Kaum Arbeiter ...

Eine Gruppe von führenden Jungsozialisten hat in einem Positionspapier Kritik an ihrer eigenen Organisation geübt:

— Bei den Funktionsträgern bestehe ein starkes Übergewicht von Schülern, Studenten und Akademikern zu Lasten der arbeitenden Jugend.

— Die Organisationsstruktur sei weitgehend hierarchisch.

Zu den Verfassern des Papiers gehören der stellvertretende Juso-Vorsitzende Michael Müller und der Kieler Juso-Chef Klaus Rave.

Neues Strategiepapier der Jusos

Ein neues Strategie-Papier der Jungsozialisten des Bezirks Westliches Westfalen hat sich das Ziel gesetzt, „politisch und organisatorisch die marxistischen Kräfte in der SPD zusammenzufassen“, links-sozialdemokratische Diskussionen auf allen Ebenen der Partei herbeizuführen und durch eine Offensive innerhalb der SPD zu einer neuen Identität der Linken zu finden. Das Juso-Papier bezeichnet die CDU/CSU als die „Partei des Kapitals“. Nicht das einzelne Unionsmitglied sei der Klassengegner; wohl aber sei es die Partei insgesamt, „die die Interessen des Klassengegners vertritt“. Im Kampf dagegen müßten die Jusos ihre Bündnispartner in den Gewerkschaften und den Bürgerinitiativen suchen. Die SPD sei heute kaum noch als Partei der abhängig Beschäftigten identifizierbar, was Hand in Hand gehe mit der Entwicklung einer „faktischen großen Koalition“ in Bonn. Die Jusos müßten innerhalb der SPD Bündnisse „für die Einheit der Linken“ schaffen und dann auf allen Ebenen der Partei „knallhart vertreten“.

Unterstützung für Steffen

Die stellvertretenden Juso-Bundesvorsitzenden Michael Müller und Otmar Schreiner haben die harte öffentliche Kritik nachdrücklich unterstützt, die das SPD-Vorstandsmitglied Jochen Steffen an der Bundesregierung, an Willy Brandt und Herbert Wehner geäußert hat. In einer Erklärung warnten Müller und Schreiner davor, die Aussagen

Steffens über die Situation der SPD als „mosernde Kritik eines Einzelgängers“ abzutun. Vielmehr artikuliere Steffen mit Berechtigung die Unzufriedenheit großer Teile der SPD-Mitglieder über die Politik von Bundesregierung und SPD-Führung. Es komme, so die beiden stellvertretenden Juso-Vorsitzenden, darauf an, zur Verwirklichung des demokratischen Sozialismus „Forderungen zur Beseitigung des bestehenden Wirtschaftssystems aufzugreifen und die Aussagen Jochen Steffens im ureigensten Interesse der SPD ernst zu nehmen“. Auch die Führungsspitze der schleswig-holsteinischen SPD hat Jochen Steffens Haltung ausdrücklich gebilligt.

Führungslosigkeit der FDP

Profil- und Führungslosigkeit hat das Mitglied des FDP-Landesvorstandes Schleswig-Holstein, Heiner Bremer, seiner Partei vorgeworfen. Bremer, der bei der Illustrierten „Stern“ Leiter des Ressorts Deutschlandpolitik ist, forderte in der jüngsten Ausgabe des Blattes gleichzeitig den FDP-Bundesvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher auf, die Rolle des Zauderers abzulegen. Bei dem parteiinternen Zwist um das richtige Rezept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stellt Bremer fest, weder die Liberalen um Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs noch die FDP-Linken um die Hamburger Landesvorsitzende Helga Schuchardt seien zu einer sachlichen Diskussion der unterschiedlichen Standpunkte bereit.

Genschers Beschwerde über SPD-„Vorwärts“

FDP-Chef Genscher will sich bei Bundeskanzler Schmidt über das SPD-Organ „Vorwärts“ beschweren. Das Parteiblatt hatte den marktwirtschaftlichen

Kurs von Friderichs (FPD) angegriffen und „Zweifel an den Fähigkeiten des Ministers“ geäußert. Genscher erregt vor Vertrauten: „Wann will sich endlich der SPD-Teil der Regierung von diesen Angriffen des SPD-Blattes distanzieren? Wenn man in der SPD gegen die Marktwirtschaft ist, soll man das sagen, und nicht Herrn Friderichs vorschieben.“

Lese-Proben

Zwei Lese-Proben aus der Broschüre „Weiterbildung und Freiheit“, herausgegeben vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, rücken die Geisteshaltung der Ministerin Antje Huber ins rechte (linke) Licht:

„Die Kirchen hatten (und haben z. T. noch) eine wichtige Funktion zur Aufrechterhaltung und Durchsetzung patriarchalisch-herrschaftlich organisierter Gesellschafts-Systeme. Diese Durchsetzung des Herrschafts-Prinzips wird psychologisch erreicht durch eine geschickte und ausgereifte Steuerung nicht befriedigter emotiver Bedürfnishaltungen in irrationale Kanäle. Dies geschieht mittels metaphysischer Lustversprechungen...“

„Die Frauen als diejenige Gruppe in unserer Gesellschaft, deren Unterprivilegiertheit schon in ihrer Primärsozialisation verfestigt wird durch eine Dominanz emotional-irrationaler Grundhaltungen auf Kosten rationaler, sind dadurch insgesamt eher als Männer für kirchliche Angebote zugänglich.“

Eppler erneut kritisiert

Scharfe Kritik an ihrem Landesvorsitzenden Erhard Eppler haben zehn Stuttgarter SPD-Ortsvereinsvorsitzende geübt. In einem Brief werfen sie ihm vor, einseitiges Politikverständnis zu zeigen und zu wenig an den Bürger und den Wähler zu denken.

■ GEMEINDEFINANZEN

SPD hat Duisburg total heruntergewirtschaftet

Aus der Kommunalpolitik in der Stadt Duisburg hat ein Ereignis bundesweite Beachtung gefunden. Erstmals hat der Stadtkämmerer einer deutschen Großstadt, nämlich Duisburg, eine totale Haushalts-sperre (nach § 28 GemHVO) für alle nicht durch Gesetz und Vertrag festgelegten Ausgaben angeordnet. Der Duisburger Stadtkämmerer führte diese Aktion ohne Befragung des Stadtrates in den Sommerferien durch und hat gegenüber den Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden diese Maßnahme mit der nicht mehr zu vertretenden finanziellen Misere der Stadt Duisburg begründet.

Nach Darstellung des Kämmerers ist die Lage der Stadt Duisburg folgende:

1975 Haushaltsdefizit	45,0 Mio. DM
1976 Haushaltsdefizit	33,5 Mio. DM
1977 Haushaltsdefizit	35,0 Mio. DM
Defizit insgesamt	113,5 Mio. DM

Die Defizitfinanzierung geschieht durch Kassenkredite, deren Obergrenze erreicht ist. Die Rücklagen der Stadt Duisburg sind ebenfalls aufgebraucht.

Duisburg ist unter den Ruhrgebietsstädten die Stadt mit den höchsten Steuereinnahmen. Dennoch kämpft sie bereits seit Beginn der 70er Jahre mit Haushaltsdefiziten. Unabhängig von der allgemeinen unbefriedigenden Finanzsi-

tuation in Städten und Gemeinden sind in Duisburg besonderer Grund für diese Finanzmisere aufwendige Modelle und „Duisburg-Pläne“, mit denen durch die SPD Kommunalwahlkämpfe bestritten wurden und die nun in der Verwirklichung entsprechende Kreditmarktmittel und Folgekosten verursachen. Die Realsteuersätze in Duisburg sind auf das höchste Niveau angehoben. Die Gebühren steigen ständig, doch konnte dies alles keinen Ausgleich mehr für die überproportional steigenden Ausgaben bringen.

Die CDU-Fraktion in Duisburg, die als Minderheit Oppositionsfraktion ist, hat schon seit Jahren auf diese unseriöse Finanzgebarung hingewiesen, doch wurden gegen bessere Erkenntnis und gegen die Prinzipien von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit jedes Jahr theoretisch ausgeglichene Haushalte verabschiedet und auch von der Kommunalaufsicht genehmigt.

Am Beispiel Duisburg zeigt sich, daß nicht ungestraft eine Inflation der Ansprüche und der Verwirklichung ehrgeiziger Projekte durchgeführt werden kann. Die Lage Duisburgs ist sicher zum Teil selbst verschuldet. Andererseits ist allgemein bekannt, daß auch durch Land und Bund den Gemeinden laufend neue Aufgaben übertragen worden sind, für die die Mittel nicht ausreichen.

■ VERKEHRSKARTEI

Punktsystem ist ungerecht

Eine Vielzahl von Reaktionen aus der Bevölkerung zeigt, daß die von der CDU/CSU geforderten Korrekturen am Punktsystem für Verkehrssünder ein breites öffentliches Interesse gefunden haben. In der Tat ist es nach über drei Jahren Gültigkeit an der Zeit, das Mehrfachtäter-Punktsystem kritisch unter die Lupe zu nehmen und zu korrigieren, erklärte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Dieter Schulte.

Die Verwaltungsvorschrift enthält Ungereimtheiten und eine Reihe von logischen Brüchen. Es erweist sich immer mehr, daß sich das Punktsystem und die Würdigung der Persönlichkeit des einzelnen Kraftfahrers widersprechen können. Nur durch die Würdigung der Gesamtpersönlichkeit des Kraftfahrers kann aber festgestellt werden, ob dieser zum Führen von Kraftfahrzeugen geeignet ist oder nicht.

Während bei jedem Kriminellen versucht wird, dem Einzelfall gerecht zu werden, gibt es für den Autofahrer heute nur die Gerechtigkeit aus einem falsch programmierten Computer. Denn auch die Gewichtung der einzelnen Verkehrsverstöße im Punktekatalog ist nach Ansicht der CDU/CSU viel zu schematisch und führt zu Ungerechtigkeiten. So bekommt man z. B. sechs Punkte angerechnet, gleichgültig, ob man sich ohne Führerschein ans Steuer eines Lastkraftwagens setzt oder ob

man einem Arbeitskollegen ohne Führerschein sein Moped ausleiht. So bekommt man sechs Punkte angerechnet, egal, ob man mit einem unversicherten Lkw auf der Autobahn fährt oder mit einem unversicherten Moped auf einem Feldweg.

Auch die Gerichte hatten sich bereits damit zu befassen, ob die Gerechtigkeit aus dem Flensburger Computer wirklich rechtens sei. Das Verwaltungsgericht Koblenz hat sich z. B. einfach dadurch beholfen, daß es die Gesamtumstände eines Falles daraufhin überprüft hat, ob sich daraus die Ungeeignetheit des Kraftfahrers zum Führen von Kraftfahrzeugen ergebe. Mit anderen Worten: Es hat den Punktekatalog außer acht gelassen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird zu diesem Fragenkomplex im Herbst einen Vorstoß im Bundestag unternehmen. Dazu gehört ein Erfahrungsbericht aufgrund von drei Jahren Praxis mit dem Mehrfachtäter-Punktsystem. Dazu gehört die Überprüfung und Korrektur der obengenannten Ungereimtheiten.

Schließlich will die CDU/CSU auch noch einen weiteren Gedanken in die Praxis einbringen: Bisher wird in unserem Verkehrsrecht ein viel zu geringer Wert auf Verkehrserziehung und Nachschulung gelegt, während man Gebote und Verbote, Strafen und Gängelungen zur Genüge hat.

Die CDU/CSU ist der Ansicht, daß eine konsequente Nachschulung von Kraftfahrern in einem anerkannten Institut beweisen kann, daß die Gesamtpersönlichkeit eines Kraftfahrers nicht so ist, daß er für den Straßenverkehr ungeeignet ist. Auf diese Weise muß es möglich sein, das bisherige Minus-Punktsystem durch ein System von Pluspunkten zu ergänzen.

■ PARTEIARBEIT

Grundsatzforen auch in den Verbänden

In der Zeit vom 22. bis 24. September 1977 findet in Berlin das Grundsatzforum der CDU statt. Die Veranstaltung macht sich mehr und mehr auch in der Arbeit der CDU-Verbände bemerkbar. Auf der Ebene der Kreis-, Gemeinde-, Stadtbezirks- oder Ortsverbände beschäftigt man sich mit Grundsatzfragen. Im Mittelpunkt stehen die Diskussionen über den Entwurf für ein Grundsatzprogramm.

In Form von Arbeitsgemeinschaften und Ausschüssen entsteht vielerorts ein örtliches Grundsatzforum. Breite Kreise der CDU-Mitgliedschaft können sich auf diese Weise an der Programmgestaltung beteiligen. Der Bundesparteitag 1978 wird die Grundsatzarbeit der Kommission und der Verbände mit der Beschlußfassung abschließen. Zwei Aktionen werden hier als erfolgreiche Beispiele vorgestellt:

Mülheim (Ruhr)

Die Arbeit wird auf Orts- und auf Kreisverbandsebene durchgeführt. Der Ortsverband Menden/Holthausen hat in kleinen Arbeitsgruppen nach zwei Gesichtspunkten den Entwurf durchgearbeitet.

- a) Entsprechen die Aussagen im Grundsatzprogramm unserem Verständnis von der CDU-Politik?
- b) Welches sind die entscheidenden Unterschiede zwischen dem Entwurf des CDU-Programms und dem entsprechenden SDP-Programm?

Eine schriftliche Zusammenfassung der Beratungen der einzelnen Arbeitsgruppen wurde durch eine Beauftragte erstellt. Den Abschluß bildete ein ganztägiges Seminar.

Die Aktivitäten dieses Ortsverbandes haben sich in Mülheim (Ruhr) auf Kreisebene ausgewirkt. Es entstanden 6 Arbeitskreise, die sich, nach thematischen Gesichtspunkten gegliedert, mit Grundsatzfragen beschäftigten: Arbeitskreis Familie, Arbeitskreis Schule und Bildung, Arbeitskreis Neue Soziale Frage, Ostpolitik, Arbeitskreis Soziale Wirtschaftsordnung, Arbeitskreis Energie.

Gütersloh

Eine Grundsatzprogrammkommission des Kreises, die die Arbeiten steuert, wurde gebildet. Sie hat 24 Mitglieder, die vom Kreisverband, von den Ausschüssen und Vereinigungen berufen worden sind. In vier Sitzungen hat sich die Kommission mit den einzelnen Punkten des Entwurfs beschäftigt. Im 2. Arbeitsabschnitt im Herbst dieses Jahres sollen die Ergebnisse der Grundsatzprogrammkommission der Mitgliedschaft zur Diskussion vorgelegt werden.

Wir bitten die CDU-Verbände, uns Informationen über die Methoden ihrer Grundsatzarbeit zukommen zu lassen.

CDU Bundesgeschäftsstelle
Abt. Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn

■ INFORMATION

Regierung soll Klarheit schaffen

Die unerwartet hohe Arbeitslosigkeit hat alle Annahmen der Bundesregierung zum 20. Rentenanpassungsgesetz und zum Krankenversicherungskosten-dämpfungsgesetz zunichte gemacht, stellte der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Sozialpolitik, Adolf Müller (Remscheid), fest. Müller verwies darauf, daß sich durch die im Jahresdurchschnitt 1977 zu erwartende Arbeitslosigkeit von 1,1 Millionen Menschen (Regierungsschätzung bisher etwa 850 000) auch eine schlechtere Finanzlage der Sozialversicherungen, besonders der Rentenversicherungsträger, ergebe. „Auch die angenommenen Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsdaten für die kommenden Jahre stimmen nicht mehr“, sagte er und forderte die Bundesregierung auf, „der Bevölkerung endlich Klarheit über die wahre finanzielle Lage der Sozialversicherung zu geben“.

Wo drückt der Schuh?

Die Arbeitsplatzsicherung liegt nach einer Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung bei den Bundesbürgern an der Spitze der wichtigen politischen Aufgaben. In der jüngsten Umfrage des Instituts steht die Sicherung des Arbeitsplatzes mit 54 Prozent der Nennungshäufigkeit vor der Verbrechensbekämpfung (12 Prozent) und Sozialpolitik (11 Prozent) weit vorne. Es folgen Preisstabilität und Konjunkturpolitik mit je 8 Prozent. Die Bildungspolitik mit 3

Prozent, die Steuer- und Ostpolitik mit je zwei Prozent und die Westpolitik mit 1 Prozent der Nennungshäufigkeit bilden das Schlußlicht. Nach der gleichen Umfrage würden bei einer Bundestagswahl 51 Prozent die CDU, 39,4 Prozent die SPD und 9,6 Prozent die FDP wählen.

Progression der Stromtarife falsch

Als Denkfehler hat der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Energie und Umwelt“ der CDU, der Bundestagsabgeordnete Heinz Riesenhuber, die Vorschläge von Minister Matthöfer bezeichnet, durch eine Progression der Stromtarife Stromeinsparungen zu erzwingen. Riesenhuber wies darauf hin, daß eine Verknappung der Stromversorgung alle Projekte illusorisch mache, durch Wärmekraftkopplung den Wirkungsgrad bestehender Kraftwerke zu erhöhen und mittelfristig eine wirtschaftlich attraktive, umweltfreundliche Fernwärmeversorgung der Haushalte in Ballungsgebieten aufzubauen.

Frauen für die CDU

Seit dem 1. August 1977 sind 20,02 % der CDU-Mitglieder Frauen — und der Anteil wächst ständig, stellt Helga Wex fest. In absoluten Zahlen waren das 132 082 Personen. Dies sind die äußeren Zeichen einer Entwicklung, in der die CDU als Volkspartei für die Frauen in der Bundesrepublik immer attraktiver wird. Der Sprung über die 20-Prozent-Marke macht deutlich, daß die CDU in den vergangenen Jahren das Vertrauen der Frauen in diesem Lande gewinnen konnte, eine Tatsache, die in der Bundestagswahl 1976, in der 52 % aller weiblichen Wähler den Unionsparteien ihr Vertrauen aussprachen, eindrucksvoll unterstrichen wurde.

LOHNPLUS – SCHEIN UND SEIN

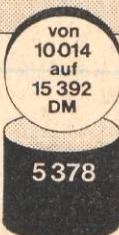
In dem Jahrfünft zwischen...

...1961
und 1966

stiegen die jährlichen
Brutto-Arbeitnehmer-
verdienste



...1966
und 1971



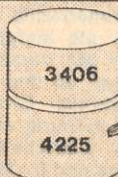
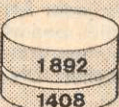
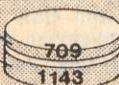
...1971
und 1976



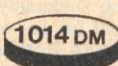
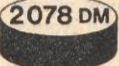
Das Lohn-Plus
in DM brutto

davon
zehrten auf:

Höhere Abgaben
Höhere Preise
(in DM)



**Verbleibendes
Plus an Kaufkraft**



In einem fatalen Wettlauf jagen Staat und Inflation den Verdienern größtenteils wieder ab, was sie an Lohnzulagen erhalten. Sie greifen um so rigoros in die Taschen, je höher die Zulagen ausfallen. Unser Schaubild gibt diese bedrückende Entwicklung wieder; sie läßt die Freude am Mehrverdienst für viele zum Ärgernis werden. Und: Der Staat kassiert blind. Er besteuert progressiv jeden Mehrverdienst, auch wenn dieser lediglich den Preisanstieg ausgleicht und real nichts erbringt. Grund genug und hohe Zeit, die Steuerprogression bei kleinen und mittleren Einkommen zu bremsen.

(Karte: Globus)

Solidarität mit CSSR-Bürgerrechtlern

Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl hat aus Anlaß des 9. Jahrestages der Besetzung der CSSR durch Truppen des Warschauer Paktes am 21. August 1968 den tschechoslowakischen Bürgerrechtlern Solidarität bekundet. „Sie, wie alle, die für die Menschenrechte eintreten, können unserer Solidarität si-

cher sein“, erklärte er im Unions-Pressedienst. Die Union werde für die weltweite Durchsetzung der Bürgerrechte arbeiten, auch wenn dies die kommunistischen Staaten als Einmischung oder aggressiven Akt verurteilen. In der Bundesrepublik haben sich bisher mehr als 32 000 Bürger mit den Unterzeichnern der „Charta '77“ in der Tschechoslowakei solidarisch erklärt.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTUCK
Z 8398 DX
GEBÜHR BEZAHLT

Neutronenwaffe

Interview mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Wust

Frage: Was halten Sie von der Neutronenbombe?

Wust: Die Neutronenwaffe ist weder human noch inhumaner als andere Waffen. Keine Waffe ist human. Mir persönlich wird schon bei dem Gedanken an den Einsatz jeder Art von Waffen unheimlich. Grundsätzlich bedarf die Frage der Einführung einer solchen Waffe eingehender sicherheitspolitischer Diskussionen bei uns und in der NATO.

Frage: Und was meinen Sie?

Wust: Ohne diese Diskussion vorwegnehmen zu wollen, scheint es so, als ob die Neutronenmunition — eine Bombe gibt es nicht — das Risiko für einen Gegner erhöht, die Bundesrepublik oder die NATO anzugreifen.

Frage: Wie wirkt diese Waffe?

Wust: Ich vermisse in der öffentlichen Diskussion das Argument, daß diese Waffe furchtbare Zerstörungen hervorruft. Die Neutronenwaffe wirkt nicht nur durch ihre Strahlen für den Menschen tödlich, sie zerstört dort, wo sie trifft, auch Häuser und was immer da ist.

Frage: Sind wir einem Sowjetangriff gewachsen?

Wust: Ja, aber ich glaube nicht, daß der Osten sich in der gegenwärtigen politischen Gesamtsituation veranlaßt sieht, den Westen

anzugreifen. Die NATO hält an der Strategie der Abschreckung und Vorverteidigung fest. So wird der Frieden erhalten.

Frage: In den USA wird darüber diskutiert, daß eine Verteidigung des Westens an unserer Ostgrenze zu teuer wird ...

Wust: Es gibt viele Studien. Für uns gilt die Zusage von US-Präsident Carter, daß die USA Europa vorne an der Grenze verteidigen werden. Sie ist eindeutig.

Frage: Glauben Sie, daß im Verteidigungsfall von den USA Gebiete der Bundesrepublik preisgegeben werden?

Wust: Nein, das glaube ich nicht.

Eine Waffe zwischen zwei Männern

Ein Spitzenpolitiker wie SPD-Geschäftsführer Bahr verunsichert den Bürger Tag für Tag mit neuen Schreckensmeldungen über die Neutronenbombe: ein Sicherheitsrisiko für Europa.

Ein Spitzenoffizier der Bundeswehr, General Wust, Mann der SPD, versichert zur gleichen Zeit das Gegenteil. In der Neutronenwaffe sieht er eine Art Sicherheitsgarantie für Europa, weil sie einen potentiellen Angreifer abschreckt.

Zum Glück kann in diesem Land jeder seine Meinung sagen.

Aber: Der eine weiß, was er sagt. Er ist Fachmann. Der andere sagt mehr, als er weiß.

Bild, 22. August 1977

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Kto.-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 221431-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

U+D